

Betriebskostenzuschuss für den BUND streichen

26. Juli 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Frau Dr. Brigitte Dahlbender, die Landesvorsitzende des BUND Baden-Württemberg, hat sich an die Spitze des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21 gesetzt. Sie polemisiert in unerträglicher Weise gegen dieses Zukunftsprojekt, das zusammen mit der Neubaustrecke der Bahn von Wendlingen nach Ulm für unsere Stadt und die ganze Region von existentieller Bedeutung sein wird.

Der BUND mit seiner Vorsitzenden bewegt sich in dieser Frage am Rande unseres repräsentativen demokratischen Rechtssystems, da er nicht bereit ist, einen vereinbarten Schlichterspruch anzuerkennen.

Deshalb

beantragen wir, den Betriebskostenzuschuss der Stadt Ulm in Höhe von jährlich 9.300- €, der bisher dem BUND gewährt wurde, zu streichen.

Die frei werdenden Mittel sollen zu gleichen Teilen dem Kinderschutzbund und dem Verein „Frauen helfen Frauen“ künftig zur Verfügung stehen.

Im Übrigen schätzen wir die Arbeit des BUND.

Mit freundlichen Grüßen,

Reinhold Eichhorn
Dr. Thomas Kienle
Dr. Bruno Waidmann

Antwort des Oberbürgermeisters vom 13.09.2011

Antrag auf freien Internetzugang an innerstädtischen Aufenthaltspunkten

26. Juli 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Gönner,

heutzutage ist das Internet das Medium der Jugendlichen schlechthin, nicht zuletzt auch deshalb, weil Online-Kompetenz als Schlüsselqualifikation der Zukunft vorausgesetzt wird.

Aber nicht nur Jugendliche nutzen heute das Internet, gerade bei Nutzern des ÖPNV und der Deutschen Bahn ist eine schnelle Information über ein mobiles Web-Endgerät oder ein Netbook oft sehr hilfreich.

Auch für den Tourismus ist es heute in den meisten Städten selbstverständlich, dass ein freier Netzzugang zur Verfügung gestellt wird. Wer selbst viel im Ausland unterwegs ist, weiß einen kostenlosen Internet-Zugang (wg. der z.T. horrenden roaming-Kosten) zu schätzen.

Daher beantragen wir:

Dass an Orten wie z.B. der Donauwiese, Bahnhof, Ehinger Tor und evtl. weiteren ÖPNV-Knotenpunkten, freies W-LAN zur Verfügung gestellt wird. Ebenso könnte auch auf dem Münsterplatz und in der Altstadt dieser

Service angeboten werden.

Für eine Stadt, die ein eigenes „APP“ besitzt sollte das geradezu eine Selbstverständlichkeit sein.

Für die GRÜNE Fraktion ...

Jürgen Kriechbaum

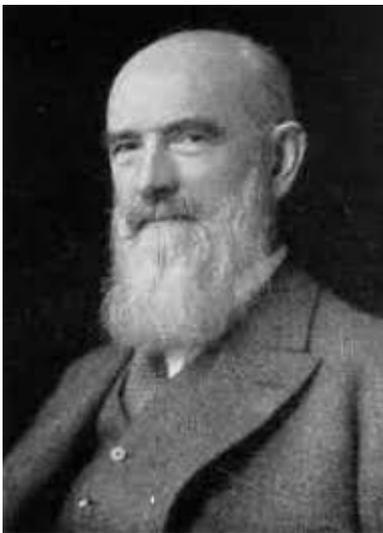
Für die CDU-Fraktion ...

Für die FWG-Fraktion ...

Für die FDP-Fraktion ...

Robert Bosch 150 Jahre

26. Juli 2011



Am 23. September jährt sich zum 150. Mal der Geburtstag des großen schwäbischen Unternehmers Robert Bosch. Die FDP Fraktion schlägt vor, auch in in Ulm an diesem Tag mit einer Gedenkveranstaltung an Robert Bosch und sein Lebenswerk zu erinnern. Die Fraktionsmitglieder richten sich mit folgendem Schreiben an Oberbürgermeister Gönner:

150. Geburtstag von Robert Bosch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 23. September 2011 jährt sich zum 150. Mal der Geburtstag von Robert Bosch. Wir sind der Meinung, dass dieses Datum Anlass zu einer Gedenkveranstaltung zu Ehren dieser großen Unternehmerpersönlichkeit in Ulm sein müsste.

Dazu schlagen wir eine Autorenlesung vor. Gunter Haug, der Autor des Buches „Robert Bosch – Der Mann, der die Welt bewegte“, stünde an diesem Tag zur Verfügung.

Anschließend könnte sich eine Podiumsdiskussion mit jungen Unternehmerinnen und Unternehmern zum Thema „Robert Bosch – Seine Bedeutung für die heutige Zeit „.

Sinnvoll wären dabei unserer Ansicht nach die Zusammenarbeit mit der IHK und der Handwerkskammer sowie die

Einbeziehung der Ulmer Robert-Bosch-Schule mit ihrem Direktor Herrn Gerhard Braunsteffer.

Über ein entsprechendes Engagement der Stadt Ulm würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bruno Waidmann

Rose Goller-Nieberle

Erik Wischmann

Vorsitzender

Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzender

Weitere Informationen:

- Südwest Presse, 04.07.11: Robert Bosch gedenken (nicht online)

Anwohnerparkplätze in der Ulmer Oststadt

26. Juli 2011

Durch die Einführung der Anwohnerparkplätze in der Friedenstraße und Schülinstraße stehen tagsüber viele Plätze leer und können von Nichtanwohnern nicht genutzt werden.



Frau Goller-Nieberle schlägt im Namen der Fraktion vor, das exklusive Nutzungsrecht für Anwohner von 19:00 auf 09:00 zu beschränken:

Ulm, den 30. Juni 2011

Anwohnerparkplätze in der Ulmer Oststadt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor etwa zwei Jahren wurden in der Ulmer Oststadt (Friedenstraße und Schülinstraße) Parkplätze für Anwohner eingerichtet. Dadurch hat sich die Anzahl der übrigen frei zugänglichen Parkplätze mehr als halbiert. Seit Einführung dieser Regelung gibt es tagsüber viele freie Parkplätze auf den für Anwohner reservierten Straßenseiten, während für Nicht-Anwohner keine Plätze verfügbar sind. Diese Situation könnte leicht durch eine zeitliche Beschränkung der Anwohnerparkplätze von 19:00 bis 09:00 Uhr verbessert werden, da viele Anwohner die Plätze i.d.R. nur über Nacht benötigen. Die Anwohner sollten jedoch auch künftig von möglichen zeitlichen Beschränkungen (etwa Parkscheibe) oder Gebühren (bei Parkuhren) ausgenommen werden.

Wir bitten um Prüfung unseres Vorschlags.

Für die FDP-Fraktion
Rose Goller-Nieberle
Stellvertretende Vorsitzende

Antwort des Oberbürgermeisters vom 05.08.2011

Ampeln entlang der Böfinger Steige

26. Juli 2011



Dr. Bruno Waidmann beantragt im Namen der Fraktion, die Fußgängerampeln entlang der Böfinger Steige durch gut beleuchtete Zebrastreifen zu ersetzen. Damit könnten unnötige Verzögerungen im Verkehrsfluss auf der Straße und zusätzlich CO₂-Belastungen vermieden werden:

Ampelanlagen entlang der Böfinger Steige

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

auf zirka 2 Kilometer Länge von der Kreuzung Eberhard-Finckh-Straße bis zum Obertalfinger Weg gibt es jetzt bereits 10 Verkehrsampeln.

In Kürze kommt wegen des Anschlusses an das Baugebiet am Lettenwald eine 11. Ampelanlage hinzu. Der Individualverkehr (Tempo 50) wird durch die zahlreichen Fußgängerampeln immer wieder gestoppt. Das heißt: Zeitverlust und vermehrte Umweltbelastung durch CO₂ und Feinstaub.

Wir regen an, zusammen mit dem Polizeiposten in Böfingen zu untersuchen, ob es nicht besser wäre, die Fußgängerampeln durch ausreichend beleuchtete „Zebrastreifen“ zu ersetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bruno Waidmann, Fraktionsvorsitzender

für die FDP-Fraktion

Forderungsmanagement der Stadt

26. Juli 2011

Die anwachsende Zahl der Forderungsausfälle der Stadt Ulm in finanziell schwierigen Zeiten hat die FDP-Fraktion veranlasst, die Verwaltung mit dem folgenden Schreiben erneut zur Überprüfung des Forderungsmanagements aufzufordern.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 07. Juni letzten Jahres baten wir Sie zu prüfen, ob die Inanspruchnahme eines privaten Dienstleisters für das Forderungsmanagement der Stadt Ulm sinnvoll ist.

In Ihrer Antwort vom 22.06.2010 erklärten Sie, dass sowohl aus rechtlicher wie auch aus wirtschaftlicher Sicht das Forderungsmanagement besser bei der Stadt aufgehoben sei. Dabei verwiesen Sie auf das niedrige Niveau der Einnahmerückstände.

Im aktuellen Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Ulm für das Haushaltsjahr 2009 ergibt sich jetzt jedoch eine Steigerung der niedergeschlagenen Forderungen von 791 TEUR in 2008 auf 1.386 TEUR in 2009.

Wir bitten um einen detaillierten Bericht im zuständigen Ausschuss, warum ein derartig deutlicher Anstieg der offenen Forderungen nicht verhindert werden konnte.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bruno Waidmann
Rose Goller-Nieberle
Erik Wischmann

Evaluation der Finanzmittel für das Sanierungsgebiet „Weststadt – Soziale Stadt“

26. Juli 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in den letzten zehn Jahren wurden in das Sanierungsgebiet „Weststadt-Soziale Stadt“ in Ulm über 22 Millionen Euro aus den Förderprogrammen:

- SSP: „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“
- EU-Förderprogramme
- Modellvorhaben im SSP
- IVP: Investitionspakt

investiert.

Sanierungsschwerpunkte waren:

- Wohnungsmodernisierungen
- Wohnumfeldverbesserungen
- Schaffung einer neuen Stadtteilmitte

- Umstrukturierung von Gewerbebrachen in Geschäfts- und Wohnlagen
- Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen

Wir bitten um einen Bericht im zuständigen Ausschuss über eine Evaluation der eingesetzten finanziellen Mittel.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bruno Waidmann (Vorsitzender)

Rose Goller-Nieberle (Stellv. Vorsitzende)

Erik Wischmann (Stellv. Vorsitzender)

Antwort des Oberbürgermeisters vom 17.02.2011

Sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Waidmann,
sehr geehrte Frau Stadträtin Goller-Nieberle,
sehr geehrter Herr Stadtrat Wischmann,

Ihren Antrag vom 24. Januar 2011, im zuständigen Ausschuss über eine Evaluation der in den letzten 10 Jahren eingesetzten Fördermittel im Sanierungsgebiet „Weststadt-Soziale Stadt“ zu berichten, möchte ich wie folgt beantworten:

In der Stadtsanierung Ulm wurde bisher in keinem Gebiet eine Evaluierung im Sinne von Bewertung der eingesetzten Mittel vorgenommen, da die positiven Ergebnisse offensichtlich waren, vor allem städtebaulich und stadträumlich durch Modernisierung und Neubau von Gebäuden sowie die Gestaltung des öffentlichen Raumes. Damit verbessert sich meist auch die Bewohnerstruktur, so dass eine nachhaltige Aufwertung des Gebietes eingeleitet werden kann.

Zudem ist wissenschaftlich erwiesen, dass über die eingesetzten öffentlichen Fördermittel hinaus, ein Mehrfaches an privaten Investitionen ausgelöst wird, die neben dem Quartier auch dem heimischen Handwerk und der regionalen Wirtschaft zu Gute kommen.

Das Gesetz sieht nur eine Evaluierung der Förderprogramme auf Bundesebene im Benehmen mit den Ländern vor. Die Arbeit wird vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und sog. Transferstellen geleistet, die entsprechende Veröffentlichungen herausgeben. Zu diesem Zweck werden in Kurzform jährliche Sachstandsberichte und sog. elektronische Begleitinformationen abgefragt, die allerdings nur grobe Daten erheben. Dies hat den Hintergrund, dass die Kommunen so wenig wie möglich mit der Evaluierung belastet werden sollen.

Zum Abschluss der Sanierung werden im Rahmen der Abrechnung eines Sanierungsgebietes interne Berichte für das Regierungspräsidium Tübingen erstellt. Darüber hinaus konnten bisher vor allem aus Kosten- und Kapazitätsgründen nur in geringem Maße umfangreichere Dokumentationen angefertigt werden, wie z.B. zum Sanierungsgebiet „Auf dem Kreuz“ und anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Sanierungstreuhand Ulm GmbH.

Da aber im Sanierungsgebiet Weststadt erstmalig das damals neue Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ zum Einsatz gekommen ist, das im besonderen Maße sozialräumliche Problemlagen, investive und soziale Projekte, wie eine weitgehende Mittelbündelung im Fokus hatte, wurde entschieden, den 10-jährigen Förderzeitraum zu dokumentieren.

Die Dokumentation, die auch eine Bewertung des Sanierungsprozesses und der Projekte darstellt, umfasst den Anlass, die Grundlagen, die baulichen und sozialen Maßnahmen, eine Zusammenstellung aller Fördermittel und eine Reflexion der Ergebnisse mit Fazit und Ausblick. Im Ausblick wird auch festgestellt, dass der öffentliche Raum noch einer deutlichen Aufwertung bedarf, weshalb für eine zweite Förderperiode erneut Mittel beantragt wurden.

Anbei übermittle ich Ihnen ein paar Exemplare der Dokumentation.

Zudem fand am 9. Juli 2010 im Stadthaus ein Fachgespräch statt, zu dem alle Fraktionen eingeladen waren. Es verfolgte das Ziel der Bewertung mit allen beteiligten Akteuren und ist durchwegs auf positive Resonanz gestoßen. Wesentliche Ergebnisse, die dabei herausgearbeitet wurden, sind neben den sichtbaren städtebaulichen Erfolgen und der deutlichen

Stärkung des Gemeinwesens

- der Erfolg der „guten Partnerschaften“ unter den Akteuren,- die Verstetigung modellhaft erprobter Inhalte und- die Impulse für Strukturen und Prozesse in Ulm.

Eine gesonderte Dokumentation über das Fachgespräch gibt es nicht.

Allerdings wurden, wie 2008 vom Gemeinderat beschlossen, die sog. (sozialen) Modellvorhaben einer Evaluation durch die Hochschule Neu-Ulm unterzogen, deren Ergebnisse nun im Entwurf vorliegen und voraussichtlich im zweiten Quartal 2011 in einer gemeinsamen Sitzung der Fachbereichsausschüsse für Stadtentwicklung, Bau und Umwelt bzw. Bildung und Soziales vorgestellt werden.

Ich denke, dass diese Zusammenschau aus Dokumentation, Fachgespräch und Evaluation der Modellvorhaben die Ergebnisse der Stadtteilerneuerung in der Weststadt ausreichend bewertet und widerspiegelt, so dass ich eine weitergehende Auswertung und einen Bericht über die Modellvorhaben hinaus im Ausschuss nicht für erforderlich halte.

Mit freundlichen Grüßen,
Ivo Gönner

Weitere Informationen:

- Südwest Presse, 31.01.11: Evaluation im Westen (nicht online)

Anfrage zum Projekt „Bürgerarbeit“

26. Juli 2011

Mit folgender Anfrage vom 17. Januar 2011 bat die FDP-Fraktion Herrn Oberbürgermeister Gönner um Auskunft darüber, weshalb sich die Stadt nicht an dem Projekt „Bürgerarbeit“ beteiligt hat:

Projekt „Bürgerarbeit“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister:

In 15 Städten und Kommunen in Baden-Württemberg ist das Projekt „Bürgerarbeit“ angelaufen. Es soll Langzeitarbeitslosen die Chance auf einen Arbeitsplatz geben, wenn sie bis zu drei Jahren in einer gemeinnützigen Einrichtung gearbeitet haben und dabei intensiv betreut und auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet wurden.

Die Arbeitslosen in der Bürgerarbeit erhalten dabei anders als bei den Ein-Euro-Jobs eine sozialversicherungspflichtige und geförderte Beschäftigung.

Die Bürgerarbeit ist ein Modellprojekt des Bundesarbeitsministeriums, das dafür 1,3 Mrd. Euro zur Verfügung stellt. 600 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds kommen noch hinzu.

Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, ob eine Beteiligung an diesem wichtigen Projekt möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bruno Waidmann

Rose Goller-Nieberle

Erik Wischmann

Vorsitzender

Stv. Vorsitzende

Stv. Vorsitzender

Ausschilderung Ochsenhäuser Hof

26. Juli 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

obwohl das Problem bereits vor einem Jahr angesprochen wurde, gibt es noch immer keine Hinweisschilder zum Generationentreff im Ochsenhäuser Hof. Vom Beirat des Generationentreffs wurden wir noch einmal darauf hingewiesen, dass es für Besucher und Interessenten noch immer Probleme gibt, den Generationentreff zu finden.

Wir bitten deswegen die Verwaltung nun kurzfristig das Problem zu beheben.

Mit freundlichen Grüßen

*Rose Goller-Nieberle
für die FDP-Fraktion*

Antrag bzgl. Amtspflichten

26. Juli 2011

Betr.: Amtseid

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadträte der „Grüne-Fraktion“ und der Stadtrat der „Linken“ Herr Peiker unterstützen aus parteitaktischen Gründen die Gegner von Stuttgart 21 und der Schnellbahntrasse Wendlingen-Ulm. Sie handeln damit in vollem Wissen gegen die Interessen der Stadt Ulm und ihrer Bürger.

Wir sind der Meinung, dass sie mit diesem Verhalten gegen ihre Amtspflichten als gewählte Stadträte, sich ausschließlich am Wohl der Stadt und ihrer Bürger zu orientieren, verstoßen.

Wir bitten Sie zu prüfen, welche Maßnahmen die Verwaltung ergreifen kann, um Schaden von unserer Stadt abzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Bruno Waidmann
gez. Rose Goller-Nieberle
gez. Erik Wischmann

Weitere Informationen

- [Bericht in der Südwest Presse \(06.10.2010\) mit Kommentar](#)
-